

# Amts- und Anzeigeblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließlich  
des „Illust. Unterhaltungsbld.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Teleg.-Adresse: Amtsblatt.

Berantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Nr. 127.

Dienstag, den 12. Oktober

**Erscheint**  
täglich abends mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage für den fol-  
genden Tag. Infektionspreis:  
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.  
Fernsprecher Nr. 210.

1909.

### Die Aufstellung von Hauslisten für die im Jahre 1910 stattfindende Erhebung der staatlichen Einkommensteuer betr.

Mit Rücksicht auf die im nächsten Jahre stattfindende Erhebung der **staatlichen Einkommensteuer** sind in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise **Hauslisten** aufzustellen. Die Vordrucke zu diesen Listen werden jetzt zur Austragung gebracht, und sind von den Hausbewohnern oder deren Stellvertretern unter genauer Beachtung der vorgedruckten Anleitungen auszufüllen.

Nach Anordnung des Königlichen Finanzministeriums ist  
der 12. Oktober dieses Jahres

der maßgebende Tag für die Ausfüllung der Hauslisten.

Es sind daher alle **steuerpflichtigen Personen** in den Listen aufzuführen, welche

am 12. Oktober im Hause wohnen.

Dagegen sind solche Personen wegzulassen, welche vor diesem Tage ausgezogen oder

erst nach demselben eingezogen sind.

Die Hauslisten sind auszufüllen binnen 10 Tagen nach Empfang aber nicht

vor dem 13. Oktober bei der Stadtsteuereinnahme wieder einzureichen.

Die Einreichung hat durch den Hausbewohner selbst oder durch solche Per-

sonen zu geschehen, welche über etwaige Fragen in Bezug auf die in der

Liste enthaltenen Angaben genügende Auskunft zu erteilen vermögen.

An die **pünktliche Einhaltung** der vorerwähnten Einreichungsfrist wird hier-

mit ganz besonderer erinnert, da nach Anordnung des Königlichen Finanzministeriums jede

**Versäumnis ohne Rücksicht zu bestrafen ist.**

Zugleich werden die Hausbewohner und deren Stellvertreter auf ihre Verpflichtung **sorg-**

**fältiger und gewissenhafter** Ausfüllung der Hauslisten und insbesondere darauf ausdrücklich

aufmerksam gemacht.

a) daß die unter Bemerkungen der Hauslisten unter A, a, b und c genannten Bei-

tragspflichtigen allenfalls unter der richtigen Bezeichnung aufgeführt, auch  
bei den **Personen unter e deren Wohnung** deutlich hervorgehoben sind,  
b) daß die Dienstboten und Gehilfen, soweit letztere bei ihren Arbeitgebern wohnen,  
unmittelbar nach ihren Herrschaften und Arbeitgebern verzeichnet sind,  
c) daß Ehefrauen nur dann besonders aufzuführen sind, wenn sie selbst einen Erwerb  
haben oder ein Vermögen besitzen, über dessen Nutzung ihnen die freie Verfügung zusteht,  
d) daß in Spalte 6–8 die Angaben über die Löhne oder der Wert der Kraft nicht  
vergessen werden und die behaupteten auch den wirklichen oder üblichen Sätzen entsprechen,  
e) daß die Mietzinsen oder Mietwerte bei allen Haushaltungsvorständen und zwar der  
Wahrheit gemäß beziehentlich dem wirklichen Wert entsprechend in den Spalten  
10–11 angegeben sind,  
f) daß bei solchen Personen, welche Untermieter haben, letztere mit verzeichnet sind und  
daß auch in Spalte 10 vorschriftsmäßig die Notiz „Untermieter“ angebracht ist,  
g) daß bei Gewerbetreibenden die Spalten 19–21 soweit nötig ausgefüllt sind,  
h) daß in Spalte 22 die Unterschriften der Haushaltungsvorstände **eigenhändig** be-  
wirkt werden sind,  
i) daß in Spalte 5 die **vorjährige Wohnung** zur Zeit der Hauslistenaufstellung  
genau angegeben wird,  
k) daß Spalte 9 von solchen **Haushaltungsvorständen** auszufüllen ist, deren Ein-  
kommen **3100 Mark** nicht übersteigt.

Die Hauslisten dienen zugleich zur Aufstellung des Katasters für die Veranlagung zur

**Grundstücksteuer.**

Schließlich wird noch bemerkt, daß **mangelhafte und unvollständige** Angaben in  
den Hauslisten, die in den Bemerkungen unter D der Hauslisten angebrochenen Nachteile  
nach sich ziehen können.

Eibenstock, am 9. Oktober 1909.

Der Stadtrat.

Hesse.

Schdr.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

— Der Kaiser weiß zurzeit auf dem Jagdschloß Hubertusstock, wohin sich auch die Kaiserin begeben hat. Der Aufenthalt hier ist für mehrere Tage vorgesehen. Das Kaiserpaar traf Sonnabend auf Hubertusstock ein.

— Zur italienischen Reise des Reichskanzlers. Gleichzeitig mit der Reise des Reichskanzlers nach Wien war seinerzeit angekündigt worden, daß Herr von Bethmann-Hollweg auch dem Herrscher des verbündeten Königreichs Italien einen Besuch abstatten und mit dem Leiter der italienischen Auslands-politik, Herrn Tittoni, in persönliche Beziehungen treten werde. Ein vom italienischer Seite für die Ausführung der Reise als geeignet bezeichneteter Zeitpunkt im November wurde dem Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten in Berlin zu nahe liegen. Herr von Bethmann-Hollweg hofft, im späteren Verlauf des Winters oder zu Ostern nächsten Jahres seine Abfahrt vermöglich zu können.

— Das Gesetz, betreffend Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Die „B. R. R.“ schreiben: Wie wir mit Bedauern feststellen müssen, bewahrheitet sich die neulich von uns wiedergegebene Meldung einer sonst zuverlässigen politischen Korrespondenz nicht. Die seit mehr als zehn Jahren geforderte, vor  $2\frac{1}{2}$  Jahren vom Staatssekretär von Schön bereitst als abgeschlossen bezeichnete und auf kürzeste Frist angemeldete Novelle ist, wie wir an zuständigen Quelle erfahren, noch keineswegs fertiggestellt. Wir haben auch nicht den Eindruck, als ob sie in nächster Zeit „ihrer Vollendung entgegentreten“ werde. Im Gegenteil — wir haben die allerungünstigsten Eindrücke von dem Stand dieser national doch so bedeutamer Angelegenheit. — Unter diesen Umständen können wir der nationalen Presse und den nationalen Vereinigungen nur allerdringlichst empfehlen, einzeln und insgesamt das Feld so zu beichern und vorzubereiten, daß es im Reichstag möglichst bald zu einer Interpellation aller bürgerlichen Parteien kommt. Der Verein für das Deutschtum im Auslande hat bereits öffentlich erklärt, daß er die erhoffte Novelle zu einem Gegenstand öffentlicher Beratung machen würde. Es verlautet, daß auch die Deutsche Kolonial-Gesellschaft auf ihrer Vorstandssitzung im November in Magdeburg die Angelegenheit erörtern werde. Alldeutcher Verband und Flottenverein werden sicherlich auch nicht zurückstehen. Hier muß sich in der Tat bald zeigen, ob die Nation gegenüber den Bevölkertheiten einzelner Ämter und Ministerien auch noch einen Willen hat.

— Sie muß noch nicht kommen, nämlich die angekündigte 500-Millionen-Anleihe für das deutsche Reich. Es sind vielmehr wirklich Aussichten, daß durch ein Verteilen der einzelnen Ausgaben wenigstens ein erheblicher Teil auf den ordentlichen Stat-

mit übernommen werden kann. Das ist das rechte, weil lohnende Sparen.

— **Stempelpflicht** bei Sparkassen. Es haben vielfach Zweifel darüber bestanden, ob der Inhaber eines Sparkassenguthabens, wenn er von letztem irgend eine Summe abhebt, stempelpflichtig sei. Um diese Zweifel aus der Welt zu schaffen, wandte sich Reichstagsabgeordneter Dr. Müller-Meiningen mit einer Anfrage an das Reichsschatzamt. Ihm wurde laut „Bosc. Ztg.“ die Mitteilung gemacht, daß die Quittung eines Sparkassenkontoinhabers bei Rückzahlungen aus seinem Guthaben nur dann steuerpflichtig sei, wenn der betr. Sparkasse die sogen. passive Schriftfähigkeit zukomme. Wenn dieser Fall vorliegt, darüber holt man sich am besten bei der Behörde selbst Auskunft. Wenn aber, das sei ausdrücklich hervorgehoben, von einem Sparkassenguthaber eine Summe abgehoben wird, ohne daß der Inhaber eine Bescheinigung ausstellt, dann ist, wie die Begründung des Scheidstempel-Gesetzwurfs ausdrücklich angibt, von einer Stempelpflicht von vornherein keine Rede.

— Der Diskont der Reichsbank wird heute von 4 auf 5, der Lombard-Zinsfuß von 5 auf 6 Prozent erhöht werden.

— Ein neues **Stellen-Bermittler-Gesetz** für Schiffs-Personal soll nach dem Berl. Tagebl. dem Reichstage im vorbevorstehenden Session unterbreitet werden. Darnach sollen die Herausgeber von Stellen- und Befanzenlisten wie Stellenvermittler behandelt werden; übermäßige Gebühren werden verboten, und für die Konzessionserteilung muß ein Beurteilnis nachgewiesen sein.

— An der Schaffung einer deutschen Einheitsstereographie durch Vereinigung der bestehenden drei Hauptgruppen (Stolze-Schrey, Gabelsberger und Stolze) wird rüstig gearbeitet. Die Gutachten der drei Gruppen sind jetzt laut „B. C.“ der Reichsregierung zugestellt worden und eine in nicht allzu langer Zeit einzuverlebende Konferenz wird dann die endgültige Entscheidung treffen. Letztere wird vielleicht schon im Laufe dieses Winters fallen.

— Fürst Culenburg, an dessen Besindien die Öffentlichkeit ja immer noch ein begreifliches Interesse hat, ist zurzeit sehr frisch. Er kündigte daher zum 1. Januar seine Wohnung in Berlin, die er bekanntlich für den Fall, daß durch die Wiederaufnahme seines Prozesses seine Anwesenheit in Berlin nötig würde, gemietet hatte. Zu dieser Wiederaufnahme aber wird es wohl nie mehr kommen.

#### Österreich-Ungarn.

— Herr Kosuth wird in Pest nicht Ministerpräsident werden, der Kaiser wird vielmehr ein neutrales Kabinett ernennen, welches vor allem die den Voll-Magnaten gar nicht angenehme Wahlreform durchsetzen soll. Was für ein ungarter Reichstag dann zu Stande kommen wird, muß sich erst zeigen; dann kann weiter aufgeräumt werden.

— Als fünfziger ungarischer Minister-

präsident wird General der Infanterie von Hoffmann genannt. Seine Aufgabe würde im wesentlichen also nur die Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande sein.

— In Prag beschloß der tschechische Stadtrat, alle deutschen Geschäftsinstitute von städtischen Häusern entfernen zu lassen. Mieter, denen das nicht gefällt, werden gefeuigt. Hoffentlich wird die Wiener Regierung zu diesem Standpunkt auch ein Wort.

#### Rußland.

— Der Zar empfing in Biawla die außerordentliche türkische Gesandtschaft in feierlicher Audienz.

#### Frankreich.

— Der Rekrutemangel in Frankreich führt zu ganz verzweifelten Maßnahmen der Militärverwaltung. Der nationalistische Deputierte Berry teilte dem Kriegsminister mit, daß er ihn bei Beginn der Kammer-tagung fragen werde, ob es wahr sei, daß 11 000 wegen gemauerter Vergehen verurteilte Rekruten in die französischen Armeekorps eingereiht seien. Man könne anständigen jungen Leuten nicht zumuten, daß sie den Militärdienst in solcher Gesellschaft ableisten.

#### Spanien.

— Melilla, 9. Oktober. In Melilla hat sich ein Parlamentär als Überbringer eines Briefes der Führer der Kabyle-Stämme vom Rador und Barraka an General Marina eingestellt. Vor den General-Drozeo geführt, erklärte der Parlamentär, die Lage der Stämme sei infolge Mangels an Lebensmitteln und der schrecklichen Verluste in den letzten Kämpfen unerträglich. In dem Gesetz am 30. September hätten die Mauren sogar ihren eigenen Bewunderten den Gnadenstoß geben müssen, da sie sie nicht mehr in Sicherheit bringen könnten.

#### Türkei.

— Nachrichten aus Saloniiki zufolge wollte der entthronete Sultan Abdul Hamid am Freitag aus seiner Villa fliehen, wurde aber am Tor noch rechtzeitig angehalten und wieder in Gewahrsam gebracht. Die Sache spielte sich folgendermaßen ab: Unter dem Vorwände, daß sein Bett ausgebessert werden müsse, ließ der gewesene Sultan einen Täschler zu sich kommen, bemerkte jedoch, als dieser kam, der Mann sei ihm zu schmugelig, er müsse zuerst ein Bad nehmen, bevor er an die Arbeit gehe. Der Täschler stieg hierauf ins Bad, und Abdul Hamid schlüpfte rasch in seine Kleider, um in diesem Aufzug zu versuchen, aus der Villa zu entkommen. Wie gesagt, mißlang der Fluchtversuch. Der Täschler wurde in Haft genommen, da er verdächtig erschien, mitschuldig zu sein.

#### Dänemark.

— Gute Beziehungen zu exotischen Fürstlichkeiten werden für die europäischen Staaten immer unerlässlicher, denn aus ihnen resultiert oft ein wertvoller Kolonialbesitz, ohne den es nun einmal nicht geht.